



# HESSISCHER LANDTAG

30. 06. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
betreffend aktuelle Finanzplanung schreibt Verschuldung fest -  
Koalitionsversprechen wertlos**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Ankündigungen im Koalitionsvertrag von CDU und FDP, am Ziel der "Beendigung der Nettoneuverschuldung" festhalten sowie ein "Verschuldungsverbot (...) den hessischen Bürgern in einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorlegen" zu wollen, in deutlichem Widerspruch zur aktuellen Finanzpolitik und Finanzplanung der Landesregierung stehen. Angesichts einer für das laufende Jahr geplanten Neuverschuldung von über 2,9 Mrd. € und eines strukturellen Defizits von jährlich rund 1,5 Mrd. € ist nicht erkennbar, wie Hessen das jetzt im Grundgesetz eingefügte Schuldenverbot einhalten kann.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, im September ergänzend zur Mittelfristigen Finanzplanung 2009 bis 2013 einen Ausblick bis 2020 vorzulegen, der aufzeigt, unter welchen Bedingungen und mit welchen Maßnahmen das Schuldenverbot ab 2020 eingehalten werden kann. Dazu sind folgende Informationen vorzulegen:
  - Einen Einnahmepfad, der den um konjunkturelle Einflüsse bereinigten Einnahmetrend bis 2020 zeigt.
  - Einen Ausgabepfad, der einen um konjunkturelle Einflüsse bereinigten Ausgabebetrend bis 2020 angibt.
  - Ein Konsolidierungskonzept, das die erforderlichen Spielräume und Veränderungen in den Einnahmen sowie die notwendigen Umschichtungen und Anpassungen in den Ausgaben angibt, um Einnahme- und Ausgabepfad einzuhalten.

Wiesbaden, 29. Juni 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**